

Aschermittwochsrede 2026 – Niklas Wagener, MdB

Bündnis 90/Die Grünen – Kreisverband Main-Spessart

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Grüne aus Main-Spessart, liebe Bärbel, liebe Verena, lieber Gerhard,
lieber Clemens und lieber Jonas!
liebe Gäste – und auch alle, die heute nur hier sind, weil sie gehört haben:
Beim politischen Aschermittwoch gibt's nicht nur Schaum, sondern auch
Substanz!

Aschermittwoch ist der Tag, an dem man politisch nicht flüstert. Da wird
Klartext geredet. Da wird zugespitzt. Da wird gelacht – manchmal auch über
sich selbst. Und ja: Da darf es wehtun, weil Wahrheit manchmal kratzt wie
die Wollpullis, die wir Grüne angeblich so gerne stricken.

Ich verspreche euch heute zwei Dinge.
Erstens: Ich werde angriffslustig und humorvoll sein – so wie es sich gehört.
Zweitens: Ich werde am Ende demokratisch versöhnen, weil wir den Streit
brauchen, aber die Verachtung nicht.

Denn wir leben in Zeiten, in denen Demokratie nicht mehr
selbstverständlich ist. In denen manche Parteien aus jeder Krise einen
Kulturkampf machen. In denen Populisten einfache Antworten versprechen
– und am Ende nur die einfachen Leute bezahlen lassen. Und genau deshalb
müssen wir doppelt gut sein: im Argument und im Anstand.

Friedrich Merz und die Schuldenbremse – heilig, bis sie stört:

Wenn man Friedrich Merz aktuell zuhört, fühlt man sich manchmal wie in
einer Serie, in der die Hauptfigur in jeder Folge eine neue Lebensgeschichte
hat – und hofft, dass niemand die alten Folgen gesehen hat.

Jahrelang war die Schuldenbremse bei der Union ungefähr das, was früher der Familien-Sonntag war: unantastbar. Heilig. Tradition. Und wer dagegen verstößt, wird öffentlich getadelt.

Die Schuldenbremse war bei Merz:

- Naturgesetz,
- Moralpredigt,
- Wahlkampfwanne,
- und manchmal klang es, als hätte sie ein eigenes Grundrecht.

Und wir Grüne sagen seit Jahren: Leute, ihr könnt ein Land nicht auf Verschleiß fahren und euch dann wundern, dass der TÜV „durchgefallen“ attestiert. Brücken hören nicht auf zu bröseln, weil jemand in Berlin „Investition“ gesagt hat. Brücken hören auf zu bröseln, weil man endlich anfängt, sie instand zu halten.

Und was kam von der Union, wenn wir gesagt haben: Wir müssen investieren – in Schienen, Schulen, Kommunen, Klimaschutz, Energie, Sicherheit?

Dann kam das ganze Programm:

„Unverantwortlich!“

„Schuldenorgie!“

„Ihr ruiniert die Enkel!“

„Ihr könnt nicht mit Geld umgehen!“

Manchmal hatte ich das Gefühl, die Union hält die schwarze Null für einen Charaktertest: Wer investiert, hat moralisch versagt.

Und jetzt? Jetzt merken selbst CDU und CSU: Die Realität ist stärker als jede Parteitagepredigt.

Plötzlich klingt es bei Merz so: „Ja also... man muss auch realistisch sein...“ – als wäre Realismus eine neue Erfindung, die zufällig am Tag nach der Wahl entdeckt wird.

Liebe Freundinnen und Freunde: Meinungen ändern ist okay. Politik muss lernen können.

Aber dann bitte ehrlich.

Denn was mich wirklich ärgert, ist nicht der Kurswechsel. Was mich ärgert, ist die Unehrlichkeit im Umgang mit der Wahrheit.

Merz tut oft so, als gäbe es nur zwei Möglichkeiten:

Entweder Schuldenbremse wie ein religiöses Gelübde – oder „linksgrüne Verschwendung“.

Dabei wissen wir alle: Die entscheidende Frage ist doch nicht „Schulden ja/nein“, sondern:

Wofür investieren wir? Und wie sichern wir, dass Investitionen wirken?

Und dann kommt die Union und macht den Trick, den ihr alle kennt: Erst blockieren, dann so tun, als hätte man es erfunden.

Das ist wie beim Dach:

Zehn Jahre nichts reparieren.

Sagen: „Hält schon.“

Dann regnet's rein.

Und dann erklären: „Also ich habe schon immer gesagt, wir brauchen ein neues Dach.“

Ja, Friedrich. Nur blöd, dass uns als Oppositionsführer immer die Leiter unter den Füßen weggezogen hast. Und das vergessen die Menschen nicht.

Denn wer steht jetzt im Regen?

Nicht Merz.

Nicht das Konrad-Adenauer-Haus.

Im Regen stehen die Kommunen.

Im Regen stehen Familien, die auf funktionierende Schulen angewiesen sind.

Im Regen stehen Betriebe, die Planbarkeit brauchen.

Im Regen stehen Pendlerinnen und Pendler, die morgens nicht wissen, ob der Zug heute fährt oder ob er wieder „wegen einer kurzfristigen Störung im Betriebsablauf“ ausfällt – sprich: weil wieder irgendwo gespart wurde.

Und wenn's eng wird, kommt oft derselbe Zaubertrick: Man erklärt die Lage für „schwierig“, „nicht so einfach“, „komplex“.

Stempel drauf: komplex. Und dann passiert ... nix.

Wir Grüne sagen: Investitionen sind keine Sünde, sondern Daseinsvorsorge.
Eine sanierte Schule ist keine Ideologie, sondern Zukunft.
Ein funktionierendes Bahnnetz ist nicht links, sondern wirtschaftlich.
Und Klimaschutz ist nicht „nice to have“, sondern Lebensversicherung für
Landwirtschaft, Wälder und Wohlstand.

Und wenn Merz sagt: „Wir müssen sparen“, dann meint er oft: Sparen
sollen die anderen.

Bei denen, die keine Lobby haben.

Bei denen, die nicht beim nächsten Empfang mit am Tisch sitzen.

Bei denen, die nicht mal eben eine Steuerberater-Armee organisieren
können.

Wir sagen: Wir müssen klug investieren – und zwar so, dass die Rechnung
nicht am Ende bei den Kommunen landet.

Denn wer kaputtspart, spart nicht. Der verschiebt nur Kosten – und zwar
nach unten.

Und jetzt kommt das Absurde: Während Merz außenpolitisch gern den
Staatsmann gibt, tanzt ihm innenpolitisch der eigene Laden auf der Nase
herum.

Da wird in der CDU ernsthaft eine Debatte geführt, den Rechtsanspruch auf
Teilzeit einzuschränken – erst mit der reißerischen Überschrift
„Lifestyle-Teilzeit“.

Und als wäre das nicht genug, kommt gleich der nächste Vorschlag:
Zahnbehandlungen raus aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen
Krankenversicherung – nach dem Motto: Zähne sind offenbar Privatsache –
aber für massive Steuerschlupflöcher darf weiterhin die Allgemeinheit
bezahlen?

Liebe Freundinnen und Freunde: Wer solche Debatten lostritt, hat nicht
„Reformideen“, der hat ein Problem mit sozialer Realität.

Und hier sieht man doch: Merz wirkt manchmal, als wäre er außenpolitisch
auf Weltreise – und zu Hause gilt derweil: Ist die Katze aus dem Haus,
tanzen die Mäuse auf dem Tisch.

Alois Rainer und der agrarpolitische Rückwärtsgang – Rollback mit Mistgabel-Romantik

Kommen wir zur Landwirtschaft. Und da möchte ich bewusst mit Respekt anfangen.

Landwirtschaft ist Knochenarbeit. Landwirtschaft ist Risiko. Landwirtschaft ist Verantwortung.

Und gerade hier in Main-Spessart weiß man: Der Hof ist nicht irgendein Betrieb, der Hof ist oft Familiengeschichte. Und zugleich Zukunftsfrage.

Die Lage ist klar:

Wir erleben mehr Extremwetter.

Wir erleben Preisschwankungen.

Wir erleben Druck auf kleine und mittlere Betriebe.

Wir erleben, dass ganze Wertschöpfungsketten auseinanderdriften.

Und was bräuchten unsere Landwirtinnen und Landwirte?

Planungssicherheit.

Faire Marktbedingungen.

Praktikable Regeln statt Bürokratie-Labyrinth.

Unterstützung beim Umbau: Tierwohl, Klimaanpassung, Bodenschutz, regionale Vermarktung.

Und vor allem: politische Ehrlichkeit.

Was bekommen sie von der Union in der Agrarpolitik häufig?

Kulturkampf statt Plan.

Vergangenheit statt Zukunft.

Und personifiziert wird das gerade durch Alois Rainer.

Alois Rainer wird manchmal präsentiert, als sei er die Lösung in Person:

„Der schwarze Metzger“, der den „grünen Vegetarier“ ablöst – Söder-Sprech eben.

Klingt in der Schlagzeile bierzelt-tauglich. Aber Politik ist kein Kostümwettbewerb.

Rainer betreibt Agrarpolitik zu oft wie manche ihr altes Handy:

Nochmal neu starten, dann wird's schon.

Spoiler: Wird's nicht.

Denn die Klimakrise ist nicht „linksgrün-versifft“. Die Klimakrise ist Realität.

Und die Rechnung kommt nicht nach der Wahl, sondern schon zur nächsten Ernte.

Alois Rainer war vor wenigen Tagen hier in der Region unterwegs – bei Land- und Forstwirten. Da ging es um Herausforderungen, um Investitionen, um Planungssicherheit – alles richtige Themen.

Und dagegen ist überhaupt nichts einzuwenden. Im Gegenteil: Politik muss raus auf die Höfe.

Aber: Eine Eiche pflanzen ist schön – aber es wäre besser, Alois Rainer würde endlich anfangen, die dicken Eichenbretter zu bohren.

Und genau das tut er nicht. Ein Beispiel gefällig? Der Aschaffenburg Schlachthof.

Ich setze mich seit Jahren dafür ein, dass wir in der Region wieder eine verlässliche, tierschutzgerechte, regionale Schlachtstruktur bekommen. Nicht als PR-Floskel, sondern als Infrastruktur: für bäuerliche Betriebe, für das Metzgerhandwerk, für kurze Wege, für regionale Wertschöpfung. Denn wer Regionalität ernst meint, muss die Infrastruktur dafür sichern – sonst ist „regional“ am Ende nur ein Etikett auf Ware, die 800 Kilometer gefahren ist.

Nach dem Schlachthof-Skandal in Aschaffenburg war spätestens allen klar: Null Toleranz bei Tierschutzverstößen.

Aber genauso klar war: Wir müssen die Frage beantworten, wie regionale Schlachtung neu aufgestellt werden kann – so, dass Kontrolle wirklich funktioniert.

Ein neuer Erzeugerschlachthof entsteht nicht aus einem Spruch. Er entsteht aus harter Arbeit, aus Bündnissen, aus Konzepten, aus Genehmigungen, aus Finanzierung.

Und dafür braucht es am Anfang etwas, das in der Politik oft unterschätzt wird: Anschub.

Koordination.

Konzeptarbeit.

Erzeuger-Bündnisse.

Wirtschaftlichkeitsplanung.

Standortfragen.

Genehmigungsmanagement.

Genau deshalb war es ein wichtiger Schritt, dass Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir das Initialisierungsmanagement für einen Aschaffener Erzeugerschlachthof mit dem Förderprogramm BULE+ gefördert hat: als Anschub für regionale Wertschöpfung und genau solche Aufbauphasen.

Das ist kein kleines Detail. Das ist der Unterschied zwischen:

„Wär schon schön“ – und: „Wir machen’s möglich.“

Und jetzt der Kontrast zu Alois Rainer.

Da wird groß angekündigt: Jetzt kommt der Praktiker, jetzt kommt der Metzger, jetzt kommt der, der’s kann.

Und was sehen wir in der Förderlogik?

Spardruck.

Zusammenstreich-Debatten. Um den Agrardiesel wieder in alter Manier bezuschussen zu können, wurden quasi fast alle anderen Förderprogramme gestrichen. Wieder einmal wurde die Zukunft für die Vergangenheit geopfert.

Viele Förderprogramme wurden stattdessen in die GAK verschoben - die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz, bei der die Länder bei Ausgestaltung und Prioritäten stärker ins Spiel kommen und auch bei der Bezahlung mit einspringen.

Und ich sage bewusst: Das kann man technisch erklären.

Aber politisch bedeutet es: Es ist nicht gesichert, dass die Förderung

weiterhin so verlässlich, so umfangreich und so zielgenau dort ankommt, wo wir sie brauchen – weil Länder unterschiedliche Schwerpunkte setzen, Haushalte unterschiedlich eng sind und weil am Ende wieder jeder sagt: „War ja komplex.“

Stempel drauf: komplex. Und dann passiert ... nix.

So funktioniert Regionalität nicht.

Wenn wir wollen, dass es wieder regionale Schlacht- und Verarbeitungsstrukturen gibt, dann brauchen wir verlässliche Instrumente. Und wenn man Programme zusammenstreicht oder so umsortiert, dass niemand mehr Sicherheit hat, dann ist das keine Heimatpolitik – dann ist das Heimat-Kulisse.

Wir brauchen eine Agrarpolitik, die die Höfe stärkt, nicht verklärt.

Die regionale Kreisläufe fördert.

Die den Umbau zu mehr Tierwohl, zu mehr Bodenschutz, zu weniger Abhängigkeit von Importfuttermitteln möglich macht.

Und die nicht mit Kulturkampf Nebelkerzen wirft, während die Betriebe das Risiko tragen.

Denn wer heute „Weiter so“ ruft, sagt den Betrieben in Wahrheit: Ihr sollt das Risiko tragen. Das ist kein Respekt. Das ist Ausbeutung.

Boris Pistorius und die Verteidigung – viel Ansage, zu wenig Lieferung

Kommen wir zur Sicherheit.

Seit dem 24. Februar 2022 wissen wir: Sicherheit in Europa ist nicht selbstverständlich.

Deutschland muss verteidigungsfähig sein.

Europa muss handlungsfähig sein.

Und wir brauchen eine Bundeswehr, die ihre Aufgaben erfüllen kann: Abschreckung, Bündnisverteidigung, Schutz unserer Demokratie.

Ich will fair sein: Boris Pistorius hat ein schwieriges Haus übernommen.
Und ja: Er hat rhetorisch vieles richtig gemacht. Er wirkt nahbar, klar,
entschlossen.

Aber, liebe Freundinnen und Freunde: Sympathie ersetzt keine Ergebnisse.
Manchmal klingt es, als wäre die Bundeswehr schon modernisiert – nur
hat's die Bundeswehr noch nicht erfahren.

Die Truppe braucht Material – und bekommt erstmal eine PowerPoint-
Präsentation.

Und ich sage das so zugespitzt, weil es einen Kern trifft:
Politik ist kein Lieferdienst für Pressekonferenzen. Politik muss liefern, was
in der Kaserne ankommt.

Die Zeitenwende darf keine PowerPoint bleiben.

Wir brauchen Tempo bei Beschaffung.

Wir brauchen Reformen der Strukturen.

Wir brauchen Prioritäten: Was ist wirklich kriegsentscheidend, was ist
wirklich bündnisrelevant?

Wir brauchen europäische Zusammenarbeit, damit wir nicht 27 Mal das
Gleiche entwickeln und 27 Mal zu spät liefern.

Denn das Problem ist nicht neu:

Beschaffungsprozesse dauern so lange, dass die Technik bei Ankunft
manchmal schon wieder veraltet ist.

Wenn das Verteidigungsministerium ein Paketdienst wäre, würde man
sagen:

„Ihre Lieferung ist unterwegs – voraussichtliche Zustellung: irgendwann
nach der übernächsten Legislatur.“

So geht das nicht.

Und ja: Es ist kompliziert. Es gibt Recht, Vergabe, Industrie, Lieferketten.
Aber genau dafür werden Minister bezahlt: Kompliziertes zu lösen, nicht es
zu verwalten.

Stempel drauf: komplex. Und dann passiert ... nix.
Das können wir uns nicht leisten.

Und jetzt wird's noch bayerischer, weil Markus Söder natürlich auch bei der Zeitenwende nicht fehlen darf:

Söder hat gefordert, bis zu 25 Prozent der künftigen Verteidigungsausgaben sollten im Rüstungsbereich nach Bayern fließen.

Ich sag's mal freundlich: Das ist eine planwirtschaftliche Forderung – ausgerechnet von dem Mann, der uns Grünen sonst bei jeder Gelegenheit „Planwirtschaft!“ zuruft, sobald wir mal vorschlagen, dass Klimaschutz verlässlich organisiert werden muss.

Und noch schöner wird's, wenn man auf die Fakten schaut: Rund ein Drittel der deutschen wehrtechnischen Industrie sitzt ohnehin in Bayern.

Wenn du also ohnehin schon ein Drittel der Branche im Freistaat hast, dann dann aber 25 Prozent für Bayern einforderst, spricht das nicht für das eigene Rechenvermögen:

Da gilt der alte Spruch: Wenn man keine Ahnung hat, einfach mal die Klappe halten!

Und ich sage das ausdrücklich als Grüner:

Verteidigungsfähigkeit ist keine Frage von Militärromantik.

Es ist Friedenspolitik.

Es ist Schutz der Demokratie.

Wenn Autokraten glauben, sie können Grenzen verschieben und Menschen unterwerfen, dann müssen Demokratien zeigen: Wir sind solidarisch, wir sind handlungsfähig, wir sind nicht naiv. Und wir stehen weiterhin unverbrüchlich an der Seite der tapferen Menschen in der Ukraine, liebe Freundinnen und Freunde!

AfD – Vetternwirtschaft, Verfassungstreue und der rechtsstaatliche Weg nach Karlsruhe

Und jetzt zur AfD.

Die Partei, die ständig so tut, als würde sie „gegen die da oben“ kämpfen –

und dann merkt man: Die meinen gar nicht die da oben. Die meinen: Nicht genug von uns da oben.

Was gerade aufgedeckt wurde, ist ein Lehrstück:

Die AfD predigt Moral, Transparenz, Anti-Filz – und dann geht es in ihren Strukturen plötzlich um Jobs, Mitarbeitendenstellen, Netzwerke, persönliche Nähe.

Formal sucht man Schlupflöcher, politisch ist es ein Sumpf.

Das ist nicht Familienpolitik. Das ist Familienkasse.

Und ich sage euch: Das ist nicht nur peinlich, das ist gefährlich.

Weil es zeigt, wie diese Partei Staat denkt.

Wir streiten darüber, wie der Staat besser funktioniert.

Die AfD streitet darüber, wer ihn besitzen darf.

Autoritäre Parteien haben oft das gleiche Muster:

Erst Empörung.

Dann Regelbeugung.

Dann Staatskaperung.

Und am Ende ist der Staat nicht mehr Gemeinwesen, sondern Beute.

Und jetzt kommt der Punkt, an dem es nicht mehr nur um Filz geht, sondern um die Verfassung.

Viele Menschen fragen: Wenn eine Partei systematisch gegen Menschenwürde, Gleichheit und demokratische Institutionen arbeitet – warum prüfen wir dann nicht endlich, ob sie überhaupt verfassungstreu ist?

Das Grundgesetz ist da ziemlich klar: Ein Parteienverbot kann nur das Bundesverfassungsgericht aussprechen.

Aber beantragen können das nur Bundestag, Bundesrat oder Bundesregierung.

Und deshalb ist die zentrale Frage nicht „Darf Karlsruhe das?“, sondern: Warum stellen wir nicht endlich einen sauber begründeten Antrag, damit Karlsruhe prüfen kann?

Es gab dazu im Bundestag bereits Debatten, mit einem vernünftigen Kern: Wir brauchen eine ernsthafte, sorgfältige Prüfung – rechtsstaatlich, ohne Show.

Und was macht die Union häufig?

Sie zögert, sie warnt, sie sagt „kontraproduktiv“, „schwierig“, „muss man aufpassen“.

Liebe Freundinnen und Freunde, ich übersetze das mal in Aschermittwoch-Deutsch:

Stempel drauf: komplex. Und dann passiert ... nix.

Aber wenn eine Partei die Demokratie als Beute behandelt, dann ist „nix tun“ kein neutraler Zustand.

Dann ist „nix tun“ ein Risiko.

Wir müssen nicht überhastet handeln – aber wir müssen handeln: prüfen lassen, sauber begründen, rechtsstaatlich.

Denn genau dafür ist Karlsruhe da: nicht für Bauchgefühl, sondern für Verfassungsrecht.

Und wer bei der AfD immer noch „Aufräumer“ erwartet, bekommt am Ende eben keinen Frühjahrsputz, sondern einen Selbstbedienungsladen in einer russischen Teilrepublik.

Weltlage, Trump, und die CDU sagt: „Die Lage ist komplex“

Und jetzt zur Weltlage.

Wir leben nicht in gemütlichen Zeiten.

Wir sehen eine internationale Ordnung, die ruckelt.

Wir sehen, wie Autokraten testen, wie weit sie gehen können.

Und wir erleben in den USA mit Donald Trump eine Politik, die Verbündete oft vor vollendete Tatsachen stellt: harte Worte, harte Aktionen, Deal-Logik, kein Respekt mehr für multilaterale Regeln.

Und was ist die Reaktion der CDU-Spitze darauf oft?

Friedrich Merz und Johann Wadephul sagen sinngemäß: „Wir müssen vorsichtig sein. Die Lage ist außerordentlich komplex.“

Liebe Freundinnen und Freunde: Natürlich ist Außenpolitik komplex. Fast immer.

Aber Komplexität ist keine Ausrede für Zögerlichkeit.

Dieser Satz – „komplex“ – ist inzwischen ein politischer Gummihammer.

Man haut einmal drauf, und alles soll weich werden.

Stempel drauf: komplex. Und dann passiert ... nix.

Aber in einer Trump-Welt kann Europa sich Wegducken nicht leisten.

Wenn internationale Regeln unter Druck stehen, braucht es Prinzipien:

Völkerrecht.

Menschenrechte.

Parlamentarische Kontrolle.

Koordination in Europa.

Partnerschaft ja – Unterordnung nein.

Und wer in Berlin bei jeder Zumutung erst mal abwartet, ob der Sturm

vielleicht vorbeizieht, macht Europa zum Spielball.

Wir brauchen Selbstbewusstsein:

Wir wollen eine starke transatlantische Partnerschaft.

Aber wir sind keine Statisten.

Und wenn ein Partner Grenzen überschreitet oder internationale

Institutionen schwächt, dann muss Europa klar sein.

Und auch hier gilt: Strategie statt Folien.

Die Welt ist kein PowerPoint-Seminar.

Die Welt ist Realität.

Und wer heute nur vorsichtig formuliert, wird morgen von den Tatsachen überwältigt.

Der gemeinsame Nenner – Unehrllichkeit, Rückwärtsgang, Langsamkeit

Wenn man diese Themen zusammen betrachtet, erkennt man ein Muster:

Bei Merz: Unehrllichkeit im Umgang mit der Schuldenbremse und

Investitionen.

Bei Rainer: Rollback-Reflexe und schöne Regional-Worte ohne verlässliche Lieferung bei harter Infrastruktur wie Schlacht- und Wertschöpfungsstrukturen.

Bei Pistorius: gute Ansagen, aber zu wenig Tempo bei Ergebnissen.

Bei CDU-Außenpolitik: Zaudern, das als Weisheit verkauft wird, weil „alles komplex“ sei.

Bei der AfD: Beute-Politik statt Gemeinwohl.

Und genau deshalb werden wir Grüne gebraucht.

Weil wir nicht nur gut klingen wollen, sondern eine funktionierende Politik liefern.

Weil wir Zukunft nicht romantisieren, sondern gestalten.

Weil wir Probleme nicht wegreden, sondern lösen.

Main-Spessart: Alltag, Infrastruktur, Natur – und warum Investitionen hier ankommen müssen

Und jetzt will ich den Blick dahin richten, wo Politik am Ende wirklich spürbar wird: hier bei euch.

Was wollen die Menschen?

Sie wollen, dass der Staat funktioniert.

Dass Busse fahren.

Dass Straßen und Brücken halten.

Dass Schulen modern sind.

Dass unsere Krankenhäuser und unser Gesundheitssystem zuverlässig finanziert werden.

Dass das Netz nicht abbricht, sobald man zwei Kurven hintereinander fährt.

Dass Landwirtschaft eine Perspektive hat.

Dass Natur erhalten bleibt, weil sie Lebensgrundlage ist – nicht Luxus.

Und genau deshalb ist die Schuldenbremse-Debatte nicht irgendein Berliner Theater.

Das ist kommunale Realität.

Wenn Investitionen blockiert werden, dann werden Projekte nicht gebaut,

nicht saniert, nicht geplant.

Dann sparen Kommunen auf Verschleiß.

Dann gehen Chancen verloren.

Und dann wundert man sich, warum Menschen Politik nicht mehr glauben.

Wir müssen den Staat wieder handlungsfähig machen.

Das heißt nicht: grenzenlos Geld ausgeben.

Das heißt: Prioritäten setzen, Planung beschleunigen, Förderprogramme verlässlich machen, Bürokratie abbauen, wo sie lähmt – und gleichzeitig Standards sichern, wo sie schützen.

Und wer könnte das besser, als unsere Grünen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in den Städte- und Gemeinderäten, im Kreistag und im Landratsamt von Main-Spessart, liebe Verena!

Noch ein Wort zum Wald – weil der Spessart kein Hintergrundbild ist

Ich bin ja nicht zufällig hier, und ich rede nicht zufällig so oft über Natur, Wald und Klima.

Der Spessart ist nicht nur eine schöne Kulisse für Sonntagsausflüge.

Der Spessart ist Wirtschaftsfaktor, Wasserspeicher, Klimaanlage, Erholungsraum – und Lebensraum.

Und wer Waldpolitik als „Nebenthema“ behandelt, hat nicht verstanden, was in den letzten Jahren passiert ist.

Wir alle haben die Bilder gesehen:

Kronen, die früher dicht waren, werden lichter.

Bäume, die Jahrzehnte gebraucht haben, verlieren in zwei, drei Sommern ihre Vitalität.

Käferjahre, Trockenstress, Stürme – das ist nicht mehr Ausnahme, das ist neue Normalität.

Und wenn jemand sagt: „Ach, das ist Wetter, das pendelt sich wieder ein“, dann sage ich: Das ist Verdrängung. Und dann passiert ... leider sehr viel – aber nichts Gutes.

Was heißt das praktisch?

Es heißt: Wir müssen Wälder umbauen, vielfältiger, resilienter, standortgerecht.

Wir müssen Wasser in der Landschaft halten.

Wir müssen Böden schützen, weil der Boden die eigentliche Lebensversicherung ist – für Wald und Landwirtschaft.

Und wir müssen Holz als nachhaltigen Rohstoff klug nutzen, ohne den Wald zu überfordern.

Kurz: Wir brauchen eine Waldpolitik, die nicht in Legislaturperioden denkt, sondern in Generationen.

Und jetzt schaut euch an, wie oft ausgerechnet die Union bei Klima und Natur so tut, als wären das Luxusfragen.

Wenn der Wald leidet, leidet auch die Landwirtschaft.

Wenn die Böden austrocknen, leidet auch die Ernte.

Wenn Bäche im Sommer trocken fallen, leidet auch die Trinkwasserversorgung.

Das ist nicht „grüne Romantik“. Das ist harte Daseinsvorsorge.

Und hier schließt sich der Kreis zur Schuldenbremse:

Waldumbau, Klimaanpassung, Wasserrückhalt – das sind Investitionen.

Das kostet heute Geld, damit es morgen nicht ein Vielfaches kostet.

Wer das blockiert, spart nicht.

Der verschiebt Kosten in die Zukunft – und nennt das dann Generationengerechtigkeit.

Das ist wie beim Dach: Ihr wisst schon.

Und deshalb ist es so wichtig, dass wir weiter vorankommen beim Thema Biosphärenregion Spessart! Wir Grüne werden uns, wenn Sie uns Ihre Stimme bei der Kommunalwahl geben, mit Nachdruck dafür einsetzen, dass der Machbarkeitsprozess endlich weiter vorangetrieben wird. Denn die nachhaltige Weiterentwicklung unserer Heimat ist uns so wichtig, dass wir niemals aus Angst vor einem Hubert Aiwanger erstarren werden! Nein, jetzt erst recht, liebe Freundinnen und Freunde!

Demokratie im Alltag – Respekt fürs Ehrenamt, klare Kante gegen Einschüchterung

Ich will am Ende noch etwas sagen, was mir wirklich wichtig ist – gerade hier, wo so viel Ehrenamt die Gemeinden zusammenhält.

Demokratie besteht nicht nur aus Berlin und nicht nur aus Fernsehdebatten.

Demokratie besteht aus Gemeinderäten, Feuerwehrvereinen, Sportplätzen, Elternbeiräten, Initiativen.

Aus Menschen, die abends nach der Arbeit noch zwei Stunden Sitzung machen, damit der Kindergarten saniert wird oder der Radweg endlich kommt.

Und diese Menschen erleben leider zunehmend: Der Ton wird rauer. Drohungen nehmen zu.

Manche ziehen sich zurück, weil sie keine Lust haben, sich beschimpfen zu lassen.

Und da sage ich: Das ist ein Angriff auf die Demokratie – nicht nur auf einzelne Personen.

Wer einschüchtert, will, dass am Ende nur noch die Lauten übrig bleiben. Und das dürfen wir nicht zulassen.

Deshalb: Streiten ja. Hart streiten, gerne. Aber mit Respekt.

Und mit der klaren Kante: Kein Platz für Hass, keine Bühne für Menschenfeinde, keine Normalisierung von Extremismus.

Das ist nicht „moralisch“. Das ist demokratischer Selbstschutz.

Und jetzt – bevor wir alle in die Fastenzeit gehen – noch ein letzter Aschermittwoch-Gedanke:

Wer heute weniger hetzt, hat morgen mehr Zeit, Probleme zu lösen.

Und wer heute liefert, muss morgen weniger erklären, warum es „komplex“ war.

Herzlichen Dank!